

Glöckner, Caroline

Das Bildungswesen in China

Adick, Christel [Hrsg.]: *Bildungsentwicklungen und Schulsysteme in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik*. Münster [u.a.] : Waxmann 2013, S. 191-212. - (Historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsforschung; 11)



Quellenangabe/ Reference:

Glöckner, Caroline: Das Bildungswesen in China - In: Adick, Christel [Hrsg.]: *Bildungsentwicklungen und Schulsysteme in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik*. Münster [u.a.] : Waxmann 2013, S. 191-212 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-79488 - DOI: 10.25656/01:7948

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-79488>

<https://doi.org/10.25656/01:7948>

in Kooperation mit / in cooperation with:



WAXMANN
www.waxmann.com

<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

HISTORISCH-VERGLEICHENDE
B A N D 11 SOZIALISATIONS-
UND BILDUNGSFORSCHUNG



Christel Adick (Hrsg.)

**Bildungsentwicklungen
und Schulsysteme in
Afrika, Asien,
Lateinamerika und
der Karibik**

WAXMANN

**Bildungsentwicklungen und Schulsysteme
in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik**

Historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsfor- schung

herausgegeben von
Christel Adick
Ruhr-Universität Bochum

Band 11

Internationale Migration und Globalisierung betreffen nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern führen auch zu veränderten Sozialisations- und Bildungsprozessen. Daher können pädagogisch relevante Bereiche wie Kindheit, Familie, Jugend, Schule, Hochschule und berufliche Bildungs- und Ausbildungssysteme nicht mehr allein länder- oder kulturspezifisch betrachtet werden. Angesichts dessen ist eine historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsforschung um Studien bemüht, die zur Aufklärung über die Entstehungsbedingungen und zur produktiven Bewältigung der Auswirkungen von weltgesellschaftlichen Verflechtungen auf Sozialisationsprozesse und Bildungsentwicklungen in unserer heutigen Welt beitragen.

In der Reihe werden Monographien oder Sammelbände veröffentlicht, die sich im Bewusstsein um die historische Genese pädagogischer Entwicklungen lokaler, nationaler und internationaler Art mit Vergleichen beschäftigen, die mindestens zwei oder mehr Kulturen oder Länder oder deren wechselseitige Beziehung betreffen. Damit soll der Interdependenz pädagogischer Entwicklungen in unserer – wenngleich durchaus widersprüchlichen – ‚Einen Welt‘ Rechnung getragen und die Entwicklung entsprechender Forschungsperspektiven und methodologischer Vergleichsdesigns befördert werden. Dieses schließt die kritische Reflexion neuerer Entwicklungen und pädagogischer Reformansätze mit ein.

Eine solche Betrachtungsweise versteht sich als interdisziplinär und als anschlussfähig an Fachgebiete wie Vergleichende und Internationale Erziehungswissenschaft, Interkulturelle Pädagogik, International vergleichende Sozialpädagogik, Internationale Erwachsenenbildung, Geschichte der Pädagogik, Bildungssoziologie, Weltgesellschaftstheorien und Internationale Beziehungen.

Christel Adick
(Hrsg.)

Bildungsentwicklungen
und Schulsysteme in Afrika,
Asien, Lateinamerika
und der Karibik



Waxmann 2013
Münster / New York / München / Berlin

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Historisch-vergleichende Sozialisations- und Bildungsforschung, Band 11

herausgegeben von Prof. Dr. Christel Adick

ISSN 1869-7259

ISBN 978-3-8309-2785-3

© Waxmann Verlag GmbH, Münster 2013

www.waxmann.com

info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Christian Averbek, Münster

Umschlagabbildung: © Ellen Beijers – Fotolia.com

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Satz: Heidi Kampmann, Ruhr-Universität Bochum

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier, säurefrei gemäß ISO 9706



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

www.fsc.org Zert.-Nr. SGS-COC-005773

© 1996 Forest Stewardship Council

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

Christel Adick

Zur Konzeption des Buches	7
---------------------------------	---

Teil I: Regionale Bildungsentwicklungen

Jonathan Kriener

Bildung in den Arabischen Staaten	23
---	----

Christel Adick

Bildung in der Karibik	43
------------------------------	----

Claudia Richter

Bildung in Lateinamerika	65
--------------------------------	----

Volker Schubert

Bildung in den Ostasiatischen Staaten.....	85
--	----

Volker Schubert

Bildung in der Pazifikregion	109
------------------------------------	-----

Christel Adick

Bildung in Subsahara-Afrika	125
-----------------------------------	-----

Gregor Lang-Wojtasik

Bildung in Süd- und Westasien	147
-------------------------------------	-----

Teil II: Länderstudien

Claudia Richter

Das Bildungswesen in Brasilien	171
--------------------------------------	-----

Caroline Glöckner

Das Bildungswesen in China	191
----------------------------------	-----

Gregor Lang-Wojtasik

Das Bildungswesen in Indien..... 213

Sabine Meise & Volker Schubert

Das Bildungswesen in Japan..... 233

Laura Patricia Cruz Ruiz & Esther Hahm

Das Bildungswesen in Mexiko 259

Ina Gankam Tambo

Das Bildungswesen in Nigeria279

Christine Rehklau

Das Bildungswesen in Südafrika.....301

Autoren und Autorinnen.....319

Caroline Glöckner

Das Bildungswesen in China

Im folgenden Beitrag wird Bildung in China mit dem Schwerpunkt Volksrepublik China (VR China) unter den Aspekten der Bildungsgeschichte, der Bildungsadministration, der Bildungsplanung, der Struktur des Bildungssystems, des privaten Bildungssektors und der Erwachsenenbildung abgehandelt. Zu einem besseren Verständnis werden zunächst einige Angaben zur Geschichte Chinas gemacht sowie aktuelle landeskundliche Informationen gegeben (Kap. 1). Im weiteren Verlauf werden die Bildungsgeschichte im frühen und kaiserlichen China (Kap. 2) sowie die Entwicklungen im 19. Jh. und während der Republikzeit (Kap. 3) geschildert. Die Bildungsentwicklung in der VR China seit 1949 wird im vierten Kapitel erläutert. Das fünfte Kapitel befasst sich mit der Bildungsadministration und der Bildungsplanung. Im nachfolgenden sechsten Kapitel wird auf das heutige Schul- und Hochschulwesen in der VR China eingegangen. Die Veränderungen des privaten Bildungssektors (Kap. 7) und im Bereich der Erwachsenenbildung (Kap. 8) werden anschließend dargestellt.

1. Geschichtlicher Überblick

China entwickelte sich in allmählicher Ausdehnung seit 5 000 v. Chr. von kleinen Siedlungsgebieten am Gelben Fluss zu den Grenzen von 1759, die fast identisch sind mit dem Gebiet der VR China (Schmidt-Glintzer, 1995, S. 124). Der zentrale Einheitsstaat bildete sich nur schrittweise. Die Shang-Dynastie (ca. 1600-1046 v. Chr.), bis zu der sich die chinesische Bildungsgeschichte zurückverfolgen lässt (Lee, 2000, 40), war bereits eine Hochkultur, geprägt von Schrift, Kriegsführung, Städten und einem Lehnssystem als Herrschaftssystem (Franke, 1968, S. 27ff.). Erst gegen Ende der Zhou-Dynastie entstanden Teilstaaten, die sich auch territorial gegeneinander abgrenzten (Schmidt-Glintzer, 1995, S. 19). Unter den Qin (221-207 v. Chr.) fand schließlich eine Reichseinigung statt. Während etwa zwei Drittel der chinesischen Kaiserzeit war China geeint, rund ein Drittel der Zeit war es geteilt oder zersplittert.

Zu den Grundkonstanten der Entwicklung Chinas gehörte die Aufteilung in unterschiedliche Dynastien. Aus kriegerischen Auseinandersetzungen oder Aufständen um die Herrschaft, deren Ursachen oft in sozialem Ungleichgewicht oder militärischem Machtstreben lagen, ergaben sich die Dynastiewechsel. Das Eindringen von Fremdvölkern und kriegerische Auseinandersetzungen mit ihnen, ihre Assimilation oder ihr Etablieren eigener Dynastien, waren ebenfalls ausschlaggebend für Machtwechsel.

Die Staatsform Chinas war von Beginn an bis 1912 monarchisch. China war eine Feudalgesellschaft, deren soziale Stratifikation aus fünf Klassen bestand: dem König oder Kaiser an der Spitze, den Beamten, den Bauern, den Handwerkern und den Händlern.

Wesentlicher Bestandteil der chinesischen Geistesgeschichte war der Konfuzianismus, eine Philosophie, die einen besonderen Schwerpunkt auf Ethik legt. Der Konfuzianismus geht von der Gutartigkeit und Bildungsfähigkeit des Menschen aus. Er gliedert die Gesellschaft durch fünf Beziehungen, von denen die ersten vier hierarchischer Natur sind: Vater und Sohn, Fürst und Untertan, Eltern und Kinder, schließlich Mann und Frau. Die fünfte Beziehung – Freunde untereinander – ist die einzige egalitäre Beziehung. Während der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) wurde der Konfuzianismus in modifizierter Form zu einer „Staatsdoktrin“ erhoben (Franke, 1974, S. 656f.).

Im Folgenden werden einige landeskundliche Daten auf Basis verschiedener Nachschlagewerke dargestellt¹: In der VR China mit seiner Hauptstadt Beijing (Peking) und der Amtssprache Chinesisch (Putonghua) leben auf einer Fläche von 9 572 419 Quadratkilometern 1 311 904 000 Einwohner. Der Human Development Index (HDI) beträgt 0,777 (Stand: 2005). Die Bevölkerung besteht aus 91,6% Han-Chinesen sowie 55 nationalen Minderheiten, davon Zhuang (1,4%), Mandschu (0,8%), Hui (0,8%), Miao (0,7%) sowie Sonstige (u.a. Mongolen, Koreaner, Turkvölker und Tibeter: 4,3%). In China leben ca. 100 Mio. Buddhisten, 30 Mio. Daoisten, 20 Mio. Muslime, 15 Mio. Protestanten sowie 4 (inoffizielle Schätzung ca. 14) Mio. Katholiken.

Die demografische Entwicklung der VR China ist trotz der seit Ende der 1970er Jahre propagierten Ein-Kind-Politik noch nicht rückläufig. Die mehr als 1,3 Milliarden Menschen machen ein Fünftel der Weltbevölkerung aus. Bei der aktuellen Entwicklung wird erst bei Erreichen von 1,5 Mrd. Menschen die Bevölkerung abnehmen. Die Bevölkerungsverteilung im Land ist nicht gleichmäßig. Die meisten Chinesen leben im Osten des Landes. Wüsten und Gebirge bestimmen landschaftlich die westlichen Provinzen, wo die Lebensbedingungen hart sind und die Siedlungsgebiete der nationalen Minderheiten Chinas liegen.

Das Herrschaftssystem der VR China ist bestimmt von einem Ein-Parteien-Staat marxistisch-leninistischer Prägung, der sich inzwischen insbesondere im wirtschaftlichen Bereich von den Vorstellungen der Planwirtschaft entfernt hat und eine sozialistische Marktwirtschaft propagiert. Bei aller wirtschaftlichen Reformfreudigkeit und dem gesellschaftlichen Wandel besteht jedoch das absolute Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) weiterhin fort. Oberstes verfassungsgebendes Organ ist der Nationale Volkskongress, das Parlament der VR China. Seine 2 972 Delegierten werden alle fünf Jahre von den Parlamenten der Provinzen, autonomen Regionen, regierungsunmittelbar abhängigen Städten und der Volksbefreiungsarmee gewählt. Dazwischen leitet der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskomitees mit 154 Mitgliedern die unterschiedlichen ihm unterstehenden Ausschüsse. Das 150-200 Mitglieder umfassende Zentralkomitee der KPCh ist maßgeblich an politischen Entscheidungen beteiligt. Die oberste politische Führung liegt in den Händen des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, der etwa 20 Mitglieder umfasst. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist zugleich der Generalsekretär der KPCh, der Staatspräsident der VR China und der Vorsitzende der Zentralen Militärkommission. Wesentliches Kennzeichen der Herrschaftsform ist neben der

1 Anders als während der Kulturrevolution (1966-1976) sind nun Chinesische Statistiken vorhanden, aber sie entsprechen nicht generell den internationalen Standards „harter Daten“ und sind nur bedingt verlässlich (cf. Heilmann, 2004, S. 170). Die Angaben zu den landeskundlichen Daten sind dem Fischer-Weltatmanach 2010, dem Meyers Atlas China 2010 sowie Fischer 2004 entnommen.

autoritären Parteidiktatur mit der Alleinherrschaft der KPCh, die alle Verwaltungsinstanzen durchdringt, eine fehlende Gewaltenteilung.

Die Wirtschaft der VR China ist seit Beginn der Periode der Reform- und Öffnungspolitik (seit 1978) von Wachstum geprägt. Die Wachstumsraten kamen durch öffentliche Investitionen für Wirtschaft und Infrastruktur, die kontinuierliche Zunahme ausländischer Investitionen für den industriellen Sektor, einen Anstieg von Exporten sowie eine Zunahme der Ausgaben für Konsumgüter zustande. Wirtschaftlich ist die VR China eine der wichtigsten Wachstumsregionen weltweit. Mit ihren Wachstumsraten (BIP 2008: 4 329 Mrd. US \$, Wachstumsrate 2008: 9,0%) ist sie die viertgrößte Wirtschaftsmacht nach den USA, Japan und Deutschland. Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum schafft allerdings auch Probleme. Zu den Herausforderungen gehört der Ausgleich von sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Differenzen zwischen den unterschiedlichen Regionen. Vom Wirtschaftswachstum profitieren vor allem die östlichen und südlichen Provinzen. Sie vereinen rund 90% der wirtschaftlichen Leistung auf sich (Stand: 2006).

Weitere soziale Probleme werden durch die rund 155 Mio. Arbeitslosen (2006) verursacht. Die Städte bieten nicht genügend Arbeitsplätze für die vom Land abgewanderte Bevölkerung. Nach Schätzungen gibt es zudem ca. 150 Mio. Wanderarbeiter, Chinesen, die aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte gehen, um dort meist als Bauarbeiter, in der Leichtindustrie oder als Hausangestellte ein Auskommen zu finden. Diese Wanderarbeiter haben eingeschränkte Rechte und keine Sozialversicherung. Schließlich kämpft man mit den bestehenden Umweltproblemen. Bei der Höhe der Emission von Treibhausgasen hat die VR China die USA inzwischen abgelöst.

2. Die Bildungsgeschichte im frühen und kaiserlichen China

Bereits während der Shang-Dynastie (ca. 1600-1046 v. Chr.) bestand in China ein Bildungswesen. Archäologische Funde von Orakelknochen beweisen die Existenz von Schulen. Genauere Angaben zum Zweck des Bildungswesens und zu Bildungsinhalten liegen seit der Epoche der Zhou (1046-256 v. Chr.) vor. Die Zhou-Herrscher boten jungen Aristokraten eine schulische Bildung, damit sie ihnen dienten. Außer Lesen und Schreiben orientierten sich die Bildungsinhalte am militärischen Leben der Aristokraten jener Zeit. Bogenschießen und die Einübung des korrekten Vollzugs der Riten waren zentrale Unterrichtsinhalte. Neben den staatlichen Schulen für den Nachwuchs der Aristokratie finden sich die ersten Belege für andere Schulen seit der Han-Dynastie (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.). Bis auf wenige Ausnahmen koexistierten unterschiedliche Schultypen. Eine Schule konnte entweder staatlich sein, wurde teilweise mit staatlichen Mitteln unterhalten, oder sie war privat.

Schulische Bildung fand häufig im Rahmen eines Familienclans statt. Ein Privatlehrer unterrichtete meist ausschließlich die männlichen Familienmitglieder. Elementarbildung führte man mittels Handbücher durch, die konfuzianisch beeinflusste Inhalte vermittelten. Das Erlernen der Schriftzeichen verlangte viel Zeit. Methodisch war der Unterricht von Auswendiglernen geprägt. Ebenfalls während der Han-Zeit wurde in der damaligen Hauptstadt Chang'an die erste „Kaiserliche Universität“ gegründet. In der Han-Zeit war der Bildungskanon dieser Einrichtung streng konfuzianisch ausgerichtet. Die Studenten waren überwiegend Angehörige von Beamten. Ausnahmen zeigten sich durch das von

Konfuzius vertretene Bildungsideal, dass jeder bildungsfähig sei und Zugang zu Bildung haben solle.

Die politischen Umstände prägten die Entwicklung der Akademien (*Shuyuan*), die ebenfalls Bildung auf einem universitären Niveau anboten und die es seit dem 9. Jh. gab. Ursprünglich als unabhängige Einrichtungen gegründet und privat finanziert, beteiligte sich der Staat immer wieder an der Finanzierung und erhob Ansprüche der Regulierung, was die Leitung der Akademien oder die Berufung von Lehrern anbelangte. Die Ausrichtung und Breite des Angebots der Akademien berücksichtigte mitunter ebenso konfuzianische wie daoistische Lehren. Auch daoistische und buddhistische Klöster fungierten als Bildungseinrichtungen, waren jedoch weniger einflussreich verglichen mit dem Konfuzianismus (Lee, 2000, S. 8ff.).

Die im Jahre 606 während der Sui-Dynastie (581-618) zur Erneuerung der Verwaltung eingeführte Beamtenprüfung (*keju*), die mit wenigen Ausnahmen bis zu ihrer Abschaffung 1905 durchgeführt wurde, prägte das chinesische Bildungswesen nachhaltig. Mit der Beamtenprüfung wurde das zu prüfende Wissen genau festgelegt, und es fand die eigentliche Institutionalisierung von Bildung im chinesischen Kaiserreich statt: Die chinesische Staatsmacht griff in erster Linie durch die Organisation und Durchführung der Beamtenprüfungen in das Bildungswesen ein. Die Akademien zu besuchen, um an den Prüfungen teilzunehmen, war nicht notwendig, zumal diese Institutionen auch immer wieder geschlossen wurden. Viele Anwärter bereiteten sich in Form des Selbststudiums auf die Prüfungen vor. Eine staatlich institutionalisierte formale Erziehung gab es nicht (Liu, 1996, S. 139ff., zit. nach Chen, 1999, S. 1).

Technische oder naturwissenschaftliche Inhalte waren in der schulischen und in der akademischen Bildung marginalisiert (Lee, 2000, S. 66). Der Hof benötigte zwar Mathematiker, insbesondere für astronomische Berechnungen, und so wurde an der „Nationalen Universität“ Mathematik gelehrt. Auch einige wenige Akademien boten das Fach an, doch die Mehrheit der Studenten strebte eine Beamtenkarriere an und widmete sich dem dazu notwendigen konfuzianischen Wissenskanon (Jami, in: Elman, 1994, S. 247).

Inhalt der Beamtenprüfung waren die konfuzianischen Klassiker, die das letzte Mal von Zhu Xi im 12. Jh. kanonisiert und von ihm und anderen Neo-Konfuzianern mit Kommentaren versehen und seit 1313 als Prüfungsinhalte festgelegt worden waren (Lee, 2000, S. 160). Vom Prüfling – nur Männer waren zugelassen – wurde erwartet, diese Klassiker, inklusive der Kommentare, wörtlich zitieren zu können. Die diskursive Darlegung eigener Gedanken spielte im Gegensatz dazu eine untergeordnete Rolle. Die chinesischen Klassiker beschrieben relevante Grundsätze staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung, beinhalteten einen persönlichen Verhaltenskodex auf Basis der konfuzianischen Moral und Philosophie sowie die historische Darstellung modellhafter Herrscher (Franke, 1974, S. 656ff.).

Die erste Ebene der Beamtenprüfung fand in der Qing-Dynastie (1644-1911) in zwei von drei Jahren auf Bezirksebene statt. Die Erfolgsquote lag im einstelligen Prozentbereich. Darauf folgten die beiden Examina auf der Präfektorebene; wer diese bestand, hatte den Titel eines Shengyuan oder Xiucai erreicht. Diese berechtigten noch nicht zu einem Beamtenposten, sondern lediglich zur Teilnahme an der Prüfung auf der nächsthöheren, der Provinzebene. Bestand der Prüfling dieses Examen – Quoten waren für jede Provinz vorgegeben (40 bis 90 Teilnehmer) –, war er berechtigt den Titel eines Juren zu tragen, mit dem die Bekleidung eines Amtes im niederen Beamtendienst einherging. Das Bestehen

des Hauptstadtextamens verlieh die Berechtigung zur Teilnahme am kaiserlichen Palastexamen. Wer dieses bestand, erhielt den Titel eines Jinshi und war für den höheren Beamtendienst zugelassen. Quoten gab es für das letzte Examen keine, und der Kaiser hatte die endgültige Entscheidungskompetenz, wer bestanden hatte (Myazaki, 1976, S. 18ff.).

Nur wer in allen Prüfungen erfolgreich war, konnte in den hohen Staatsdienst eintreten. Die anderen Ränge brachten gewisse soziale Vorteile mit sich. Schon das Tragen eines Shengyuan Titels schützte vor körperlichen Strafen, vor dem Absolvieren des Militärdienstes und bot dem Träger auch steuerliche Entlastungen. Die meisten Träger niederer Titel arbeiteten im Staatsdienst auf unteren Ebenen oder als Lehrer (Pepper, 1996, S. 50). Da es keine Altersbeschränkung gab und die Durchfallquoten sehr hoch waren, absolvierten viele die Prüfungen mehrmals (ebd., S. 48).

Oberstes Erziehungsziel des Staates war es, eine Bildungselite zu generieren, die den Status Quo auf Basis konfuzianischer Vorstellungen erhalten würde. Da der soziale Aufstieg über Bildung im Prinzip jedem offen stand, bezeichnet man das Prüfungssystem gerne als Meritokratie. Bei dieser Einschätzung ist allerdings zu berücksichtigen, dass der zukünftige Prüfungskandidat Schule und Akademie besuchen musste beziehungsweise Zeit für ein Selbststudium benötigte, was kostspielig war, sodass der Erfolg an eine solide finanzielle Basis gebunden war. Der Weg an die Spitze der Examen war lang, das Alter der Prüflinge konnte beim Jinsheng Examen 40 Jahre und mehr betragen (Fairbank, 1989, S. 167).

Immer wieder wurde Kritik an der Beamtenprüfung geäußert, insbesondere hinsichtlich ihrer als einseitig betrachteten Inhalte und des rigiden Auswendiglernens, das die Grundvoraussetzung war, wollte man die Prüfungen bestehen. Das Examenssystem war jedoch gesellschaftlich fest etabliert, und die herrschende Elite hatte lange Zeit kein Interesse es abzuschaffen. Die Zulassung zum Beamtendienst war gleichbedeutend mit hohem Sozialprestige und einem guten Einkommen (ebd., S. 40).

3. Entwicklungen im 19. Jahrhundert und während der Republikzeit

Anstöße zu Reformen kamen von innen durch reformwillige Beamte und Intellektuelle. Doch sie wurden überlagert vom Eindringen westlicher Kolonialmächte im 19. Jh. Anders als Japan, das die Meiji-Reformen auf den äußeren Druck der Kolonialmächte hin durchführte, reagierte das chinesische Kaiserhaus zu langsam und nicht nachhaltig genug. Die chinesische Gesellschaft des 19. Jh. litt unter sozialer Ungleichheit, einer zunehmenden Steuerlast der Bauern und korrupten Beamten. Eine beginnende Modernisierung oder auch die Ansichten radikaler Reforme wie Kang Youwei konnten dem nichts entgegensetzen (Fairbank, 1989, S. 50ff.).

Die Niederlage im ersten Opium-Krieg (1839-1842), in dem die Chinesen den Briten unterlagen, und der zum ersten der „Ungleichen Verträge“ führte, war ein einschneidendes Ereignis. In dem Vertrag mussten die Chinesen Hongkong abtreten und fünf Häfen für ausländischen Handel und den Aufenthalt von Ausländern öffnen. Durch den Vertrag war es Missionaren gestattet in China tätig zu werden. Insbesondere amerikanische Missionare und Missionarinnen strömten ins Land und sahen eine ihrer Hauptaufgaben in der Vermittlung von Bildung. Maßgeblichen Einfluss hatten Missionarinnen auf die formale Frauenbildung, die vor ihren Aktivitäten in China nicht existierte (Lee, 2000, S. 12). Die erste Schule für Mädchen wurde 1844 von Missionarinnen gegründet (Bailey, 2007, S. 12).

Chinesen folgten ihrem Vorbild und eröffneten Schulen für Mädchen. Ein Erlass von 1907 legte fest, dass öffentliche Schulen Klassen für Mädchen einrichten sollten. Mittelschulen für Mädchen gab es ab 1912 (Pepper, 1996, S. 60f.). Die 1908 entstandene „Yanqing Frauen Universität in Peking“ gründeten ebenfalls Missionare. 1919 wurde eine Verordnung verabschiedet, gemäß der Pädagogische Hochschulen für Frauen erlaubt waren, und kurze Zeit darauf wurde in Beijing die erste eröffnet. 1920 nahm schließlich die „Peking-Universität“ die ersten Frauen auf (Bailey, 2007, S. 108f.).

Als noch demütigender als den Opium-Krieg und seine Folgen, empfanden die Chinesen ihre Niederlage im chinesisch-japanischen Krieg (1894-1895). Der Sieg Japans, eines Staates, den die Chinesen traditionell als von China abhängig ansahen, führte 1898 zu den von Kaiser Guangxu verabschiedeten Reformen, die allerdings erfolglos verliefen (Fairbank, 1989, S. 139). Von 1901 bis 1905 erließ der Kaiser wiederum Dekrete für eine Neugestaltung des Bildungswesens. Nach 1904 begann man ein Erziehungssystem aufzubauen, das in vielerlei Hinsicht dem japanischen Modell der Meiji-Reformen ähnelte (Pepper, 1996, S. 60). Da die Entwicklung Japans erfolgreich war, es offensichtlich dem Westen gleichzog und zahlreiche Chinesen in Japan studiert hatten, wurde Japan zu einem wichtigen Vorbild. Beabsichtigt war, ein modernes Schulsystem einzuführen, das dreistufig in Primarstufe, Sekundarstufe und Hochschule aufgeteilt war (ebd., S. 57). Die vormalige Reformunwilligkeit schlug nun in eine Reformeuphorie um – das neue Erziehungssystem veränderte sich ständig. Zwischen 1900 und dem Beginn des Sino-Japanischen Krieges (1937) machte keine Schülergeneration den Mittelschulabschluss in demselben System, in dem sie eingeschult worden war (ebd., S. 60). Weil das neue chinesische Bildungswesen gegenüber den auf die Beamtenprüfung vorbereitenden Schulen und Akademien nicht konkurrenzfähig war, schuf man 1905 das Beamtenexamen ab (ebd., S. 57).

Das von 1898 bis 1914 bestehende deutsche Kolonialgebiet in Jiaozhou (deutsch: Kiautschou) mit der Hauptstadt Qingdao (deutsch: Tsingtau) war bildungspolitisch ambitioniert aktiv. Mittels Bildung sollte langfristig die wirtschaftliche Prosperität der Kolonie gesteigert werden. Man wollte eine Akzeptanz unter der chinesischen Bevölkerung erreichen, die indirekt zur Stabilisierung der Herrschaft beitragen sollte (Mühlhahn, 1999, S. 182). Die Bildungsbeteiligung war allerdings gering. 8% der Bevölkerung hatten eine Schulbildung. Lediglich ein Drittel der Jungen im schulfähigen Alter und noch weniger Mädchen besuchten die in dem Gebiet eingerichteten Schulen. Trotz der Bestrebungen des Gouverneurs war die Universalisierung von Bildung nicht realisierbar – es fehlte an den Mitteln (Kim, 2004, S. 212). Die von Deutschen in Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung 1909 gegründete Hochschule in Qingdao (Fächerkanon: Jura, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Medizin sowie Forst- und Landwirtschaft) bestand zu kurze Zeit um einen nachhaltigen Einfluss auf das chinesische Bildungswesen auszuüben. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges erhielten lediglich 30 Studenten einen Hochschulabschluss (Mühlhahn, 1999, S. 188).

Gegen Ende des Kaiserreiches waren nach vorsichtigen Schätzungen 80% der Bevölkerung Analphabeten. Von den Frauen, die etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung ausmachten, konnten allenfalls 2% bis 10% lesen und schreiben. Von den Männern hatten zwischen 30% und 45% lange genug eine Schule besucht, um nicht mehr als Analphabeten zu gelten (Rawski, 1979, S. 23). Das Kaiserreich überlebte die Abschaffung der Beamtenprüfung um lediglich sechs Jahre. Die Revolution von 1911 war erfolgreich und China wurde eine Republik. Die Regierung der 1912 gegründeten Republik erließ Reformen für das

Schulsystem, mit dem Ziel, es stärker an westlichen Vorbildern, vor allem dem der USA, auszurichten. Man verringerte die Schulzeit für die Mittelschulen von ehemals 14 Jahren auf elf Jahre. Die chinesischen Klassiker strich man aus dem Curriculum und berücksichtigte stattdessen naturwissenschaftliche Fächer stärker (Pepper, 1996, S. 61f.).

Die nationalistische Regierung setzte sich für die Verbreitung aller Bildungssektoren ein. Bildung wurde als ein Teil des Nationsbildungsprozesses und der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden. Es herrschte Einigkeit darüber, dass man ein umfassendes Bildungssystem wollte, das die Gelegenheit böte, das Bedürfnis nach Modernisierung im Sinne einer technischen Entwicklung zu befriedigen, gleichzeitig der chinesischen kulturellen Identität gerecht würde und eine Zunahme an Bildungschancen bedeutete. Allein die Umsetzung konnte mit den hoch gesteckten Zielen nicht mithalten. Die finanzielle und die administrative Situation gestatteten es nicht, mit einer Elementarbildung auf breiter Ebene zu beginnen (ebd., S. 70ff.). Zwar wurden Steuern eingetrieben, aber das System war so korrupt, dass das Bildungswesen ständig unterfinanziert war. So konnte man das ambitionierte neue Curriculum nicht umsetzen. In den Mittelschulen strich man als erstes den aufwändigeren Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern, und in vielen Grundschulen, insbesondere auf dem Lande, unterrichtete man lediglich Chinesisch und Geschichte (ebd., S. 81).

Zu Beginn des 20. Jh. gründeten Chinesen die erste Hochschule: die „Peking-Universität“. Zahlreiche Chinesen, die im Ausland studiert hatten und in ihre Heimat zurückkehrten, beteiligten sich am Aufbau von Universitäten und arbeiteten als Professoren. Die Gesamtzahl der Studenten war angesichts des Riesenreichs jedoch gering. Um 1930 hatten höchstens 100 000 Menschen in China ein Universitätsstudium abgeschlossen (Fairbank, 1989, S. 199). Die Missionare hatten sich von der Elementarbildung dem tertiären Bereich zugewandt und waren vor allem Ende der 1920er Jahre aktiv bei der Gründung von Hochschulen. Sie waren nun überzeugt, dass man China leichter reformieren könne mit einer akademischen Elite, die nach westlichen Standards ausgebildet war. An den Universitäten existierte kein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Fächern. In Anlehnung an das konfuzianische Bildungsideal entschied sich die größte Zahl der Studenten für geisteswissenschaftliche Fächer oder für Jura, in der Hoffnung im Staatsdienst eine Anstellung zu finden (Pepper, 1996, S. 81).

Der 1937 ausgebrochene Sino-Japanische Krieg hatte negative Auswirkungen auf das Bildungswesen. Der darauf folgende Bürgerkrieg (1945-1949), der zwischen den Nationalisten und Kommunisten ausgetragen wurde, brachte eine weitere Verschlechterung der Bildungssituation mit sich.

4. Bildungsentwicklungen in der Volksrepublik China (seit 1949)

Erst nach der Gründung der Volksrepublik China 1949 schenkte man dem Aufbau eines nationsweiten Bildungswesens wieder Aufmerksamkeit. In der ersten Verfassung der VR China wurde anvisiert eine allgemeine Schulpflicht einzuführen (Artikel 47), die zunächst nur die Grundschule betraf. Mittelschulwesen und Hochschulwesen sollten ebenfalls weiter entwickelt werden (Artikel 47). Zentral für die Bildung waren die Vorstellungen einer „Verbindung von Theorie und Praxis“ (Artikel 46), der nationale Aufbau (Artikel 41) sowie die Entwicklung der Naturwissenschaft (Artikel 43) (Das gemeinsame Programm der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, 1949).

Die Anfangsjahre der kommunistischen Herrschaft

Zur Umsetzung der angestrebten Ziele orientierte man sich in den ersten Jahren des neu gegründeten Staates am Vorbild der Sowjetunion. Sowjetische Berater waren ins Land gekommen, um beim Aufbau eines Universitätswesens zu helfen. Unterrichtsmaterialien wurden aus der Sowjetunion importiert und übersetzt und der Fächerkanon sowohl an Schulen als auch an Universitäten an dem des sowjetischen Bildungswesens ausgerichtet. Für die Hochschulen bedeutete diese Entwicklung, dass die Anzahl der Universitäten mit einem breiten Fächerangebot nach amerikanischem Vorbild reduziert wurde, und dass die Menge der Institutionen zunahm, die nur ein begrenztes Fächerspektrum – insbesondere im technischen Bereich (z.B. Bergbau oder Ingenieurwesen) – anboten. Zudem zentralisierte man die administrative Entscheidungskompetenz (Pepper, 1996, S. 157ff.). Der Enthusiasmus, dem sowjetischen Vorbild zu folgen, hielt bis Mitte der 1950er Jahre an. Als Folge der in der Sowjetunion beginnenden Entstalinisierung kam es zum Bruch mit der Sowjetunion.

Der „Große Sprung nach vorn“ war eine politische Kampagne, deren Ziele eine umfassende Industrialisierung und eine Landreform waren, aus der jedoch die Herstellung unbrauchbarer industrieller Produkte, Massenarmut und Hunger resultierten. Das Bildungswesen wurde 1958 gemäß der Strategie „Rot und Experte“ sein, reformiert (Renminribao, 09.04.1958, zit. nach: Pepper, 1996, S. 272). Als Resultat richtete man zahlreiche „Arbeits- und Lernschulen“ ein, in denen jeder Schüler oder Student dazu angehalten war, nicht nur zu lernen, sondern auch zu arbeiten, beispielsweise in der schuleigenen Fabrik oder den schuleigenen Gärten. Zudem gab es Schulen, die Unterricht in Teilzeit anboten. Diese neu gegründeten Schulen senkten die Bildungskosten und mehr Schüler gingen auf eine Schule. 1965 besuchten bereits rund 85% der Altersgruppe eine Grundschule (Peking Review Nr. 5, 3. Feb. 1978, S. 16f, zit nach: Pepper, 1996, S. 284). Doch die Lehrerausbildung hielt nicht Schritt mit der gestiegenen Schülerzahl, ein erhöhter Bildungszugang bedeutete gleichzeitig eine Verschlechterung der Bildungsstandards (Pepper, 1996, S. 288). Die neu eingeführten landwirtschaftlichen Mittelschulen akzeptierte die Bevölkerung kaum. Auch auf dem Lande herrschte das Bildungsideal eine allgemeinbildende Mittelschule zu besuchen, die Zugang zu sozialem Aufstieg und tertiärer Bildung bot (ebd., S. 303ff.). Das konfuzianische Bildungsideal bestand mithin fort.

Auf Hochschulebene nahmen die Neugründungen und die Studierendenzahlen zu; beides erwies sich als nicht dauerhaft. 1957 gab es 227 Hochschulen, 1960 1 289 und 1963 fiel die Zahl auf 407; dies geschah bei einer Zunahme der Studierenden von 441 000 (1957) auf 961 623 (1960) und dann wieder einer Abnahme auf 750 118 (1963) (ebd., S. 286).

Die Kulturrevolution (1966-1976)

Infolge des „Großen Sprungs nach vorn“ musste Mao sein Amt als Staatspräsident abgeben. Der Versuch, seine politische Macht zurückzuerobern, löste die Kulturrevolution aus (Pepper, 1996, S. 297). Am 8. August 1966 definierte man auf der 11. Vollversammlung des Parteikomitees der KPCh das Ziel der Kulturrevolution: Die von Mao angenommene Kontrolle der Erziehung durch sogenannte bürgerliche Intellektuelle sollte bekämpft und ein neues, auf Maos egalitären Vorstellungen basierendes Erziehungssystem eingeführt werden. Maos erfolgreiche Rückkehr auf die politische Bühne brachte gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den „Roten Garden“ und Teilen der Bevölkerung mit sich.

Für die Bildung bedeuteten die zehn Jahre der Kulturrevolution einen massiven Rückschritt.

Zunächst Schülerinnen und Schüler, dann auch Studierende, organisierten sich in den „Roten Garden“ und bekämpften – Maos Anweisungen folgend – die „Vier Alten“ (alte Denkweisen, alte Kulturen, alte Gewohnheiten und alte Sitten). Die Aktionen der „Roten Garden“ führten zur Verfolgung zahlreicher Mitbürger und zur Zerstörung von Eigentum und Kulturstätten. Zu den ersten Opfern der Kulturrevolution gehörten Hochschullehrer und Lehrer, denen die Rotgardisten fehlende Loyalität gegenüber dem kommunistischen System vorwarfen. Hochschullehrer wurden schikaniert, gefoltert und einige ermordet. Die Bewegung der Rotgardisten dehnte sich auf Fabriken aus, auch Arbeiter bildeten nun „Rote Garden“ und suchten in ihren Reihen nach „Konterrevolutionären“. Als schließlich die verschiedenen Rotgardisten-Gruppierungen anfangen, sich untereinander zu bekämpfen, überdies vor bewaffneten Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken und gleichzeitig die Welle, „Rote Garden“ zu bilden, auf die Armee überzuschwappen drohte, gebot die politische Führung der Bewegung 1969 Einhalt (Joseph, 1991, S. 15ff. und Pepper, 1996, S. 358ff.). Die Roten Garden lösten sich auf und wurden aufs Land geschickt, mit ihnen zahlreiche andere Schulabgänger, um dort von der ländlichen Bevölkerung zu lernen. Dies war ein Vorwand, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu disziplinieren und von einem städtischen Arbeitsmarkt fernzuhalten, auf dem es keine Arbeit für sie gab.

Aus bildungspolitischer Perspektive dominierte während der gesamten Kulturrevolution eine nochmalige Aufwertung des Aspektes „rot sein“, mithin war politische Loyalität wichtiger als Fachkenntnisse oder wissenschaftliche Leistung. Fast alle Hochschulen wurden geschlossen, das Schulcurriculum reduzierte man auf wenige Kernfächer, und Maos „Rotes Buch“ war Pflichtlektüre. Die einseitige Ausrichtung auf die als richtig angesehene politische Gesinnung, verbunden mit der nachhaltigen Diskriminierung derjenigen, die beschuldigt wurden diese nicht zu haben oder die lediglich Angehörige von Opfern der Kulturrevolution waren, führten zu einer Verengung des Bildungsangebotes und dem Verlust von Bildungschancen, insbesondere im tertiären Bereich. Noch heute wird die davon am stärksten betroffene Generation als die „verlorene Generation“ bezeichnet (Bonnin, 2004).

Die Zeit der Reform- und Öffnungspolitik (seit 1978)

Erst Maos Tod 1976 ermöglichte das Ende der Kulturrevolution. Nachdem Deng Xiaoping seine Machtposition etabliert hatte, verkündete er 1978 das politische Programm der „Vier Modernisierungen“ (Entwicklung der Bereiche Landwirtschaft, Industrie, nationale Verteidigung sowie Wissenschaft und Technologie). Die politische Führung sah Bildung als eine wichtige Ressource zur Modernisierung an und startete entsprechende Initiativen. Neue Curricula wurden erlassen, und Kommissionen erstellten neue Unterrichtsmaterialien. Außerdem erfuhr der Markt für Schulbücher eine Liberalisierung. Ab 1984 konnten mehrere Verlage Unterrichtsmaterialien veröffentlichen. Eingeschränkt wurde und wird diese Öffnung durch die bestehende Zensur.

Die Neuerungen in der Organisation des Schulwesens visierten eine 6-3-3 Struktur an, d.h. sechs Jahre Primarschule, drei Jahre Unterstufe der Mittelschule und drei Jahre Oberstufe der Mittelschule. Nach der Kulturrevolution legte man nun wieder eindeutig Wert auf Qualität in der Bildung. So eröffnete man die in den 1950er Jahren bereits eingeführten und während der Kultur-

revolution abgeschafften „Schlüsselschulen“ auf Mittelschulniveau wieder. Diese Schulen waren in ihrer finanziellen und personellen Ausstattung bevorzugt, sie sollten die besten Schüler anziehen und die zukünftige Elite des Landes erziehen. Gleichzeitig schloss man Schulen auf dem Lande, die man als qualitativ unzureichend ansah.

Die Zugangskriterien für die Universitäten wechselten, je nachdem wer politisch machtvoller war. Zunächst war der „Klassenhintergrund“ der zukünftigen Studierenden ausschlaggebend (Arbeiter, Bauer, revolutionärer Kader, revolutionärer Märtyrer etc.). Zu Beginn der 1960er Jahre gab es eine kurze Zeit, in der man die akademische Leistung höher bewertete. Erst Deng Xiaoping brach endgültig mit der Notwendigkeit, einen Klassenhintergrund nachweisen zu müssen. Den Hochschulzugang regelte ab 1977 die nationale Zugangsprüfung für Hochschulen (Pepper, 1996, S. 479).

Die Restrukturierung durch die Reform- und Öffnungspolitik bedeutete zunächst, den Status Quo des Bildungswesens vor der Kulturrevolution wieder herzustellen. Aber es gab auch Neuerungen wie die Entwicklung der finanziellen und administrativen Diversifizierung (Lin, 1993, S. 71). Seitdem konnten Schulen und Hochschulen einen Teil ihres Personals auswählen, und sie hatten die Möglichkeit, z.B. über Studiengebühren, Einnahmen zu generieren.

5. Bildungsadministration und Bildungsplanung

Auf administrativer Ebene wurde 1985 die „Staatliche Bildungskommission“ eingerichtet, die direkt gegenüber dem „Ständigen Ausschuss des Staatsrates“ weisungsgebunden war. Damit machte die politische Leitung Bildung zu einem ihrer Hauptanliegen und beabsichtigte eine zügige Umsetzung von Reformen.

Seit 1998 ist die höchste administrative Institution das Erziehungsministerium (*jiaoyubu*) in Beijing, darunter befinden sich die Bildungsministerien auf Provinzebene, darunter die auf städtischer Ebene und darunter die auf Ebene des Stadtviertels oder der Kreisebene. Hochschulen unterstehen entweder direkt dem Erziehungsministerium oder dem Erziehungsministerium auf Provinzebene. Schulen unterstehen entweder dem Provinzministerium oder der Ebene darunter, Kindergärten entweder dem städtischen Erziehungsministerium oder der Ebene darunter. Bildung ist jedoch trotz dieser gestuften Administration in der VR China zentralstaatlich organisiert. Die politischen Entscheidungen der KPCh werden von der Bildungsverwaltung auf den unterschiedlichen Ebenen umgesetzt. Besonders ist dabei die bestehende Doppelstruktur: auf jeder Verwaltungsebene gibt es neben Verwaltungsbeamten einen Parteivertreter, der bei Entscheidungen bestimmt.

In dem 1986 verabschiedeten Erziehungsgesetz wurde die Universalisierung einer neunjährigen Schulpflicht für alle (Artikel 2) ohne Schulgebühren (Artikel 10) festgeschrieben (Nationaler Volkskongress, 1986).

Neben dem Beginn eines Verrechtlichungsprozesses wandte man sich nun auch der Bildungsplanung zu. In ihrer Diskussion, wie die „Vorläufige Entscheidung des ZK der KPCh zur Reform des Erziehungssystems“ umgesetzt werden sollte, legte die „Nationale Konferenz zur Erziehung“ 1985 fünf Entwicklungsfelder fest: 1. Einführung einer neunjährigen Schulpflicht, 2. Erhöhung der Standards an Mittelschulen und der beruflichen und technischen Bildung und Ausbildung, 3. Verbesserung des Systems zur Vergabe von Arbeitsplätzen an Hochschulabsolventen, 4. Entscheidungsspielraum für Hochschulen hinsichtlich ihres

Managements, 5. mehr Autonomie für die Bildungsverwaltung, mit dem Ziel die angestrebten Reformen voranzubringen.

Für die Umsetzung der neunjährigen Schulpflicht – der zentrale Aspekt des Dokuments – teilte die „Nationale Konferenz zur Erziehung“ von 1985 die VR China in drei Großräume ein, um der regionalen Heterogenität des Landes gerecht zu werden. Zunächst war von den Städten und den Küstenregionen sowie wirtschaftlich entwickelten Gebieten die Rede, dann von den Kreisen und ländlichen Regionen westlich davon, schließlich von den Regionen weiter westlich, in denen zu einem signifikanten Teil ethnische Minderheiten beheimatet sind und die wirtschaftlich am rückständigsten waren. Diese Dreiteilung ist auch heute noch im Wesentlichen gültig. Die Planung sah vor, dass Ende 1995 die neunjährige Schulpflicht in der ersten Region (ca. 25% der Bevölkerung) und in der zweiten Region (ca. 50% der Bevölkerung) voll realisiert sein sollte. Für die dritte Region (ca. 25% der Bevölkerung) gab es keine entsprechenden Zielvorgaben (US Department of the Army, 1994).

Als absehbar war, dass die Ziele nicht erreicht würden, erließ der Staatsrat 1992 „Maßnahmen zur Stärkung des Gesetzes zur neunjährigen Schulpflicht“, in dem er zwei Hauptziele festlegte, die bis 2002 erreicht werden sollten: 1. die Reduktion des Analphabetentums von Jugendlichen und Erwachsenen auf 5% und 2. eine Einschulungsrate für die Grundschule von 99% und für die Sekundarstufe 1 von 85% in den Gebieten, in denen 85% der Bevölkerung wohnen. Seit den 1990er Jahren bestanden drei Strategien zur Umsetzung dieser bildungspolitischen Ziele: Initiativen zur Armutsbekämpfung, die Mobilisierung der Ressourcen von Gemeinden und die Annahme internationaler Hilfen (Zhang und Zhao, 2006, S. 266).

Mit dem langfristigen Ziel der Armutsbekämpfung durch Bildung wurde 1995-2005 eine zweiphasige Bildungsinitiative, das „Nationale Projekt für die Pflichtschulzeit in armen Gebieten“, gestartet. In ihr legte man Wert auf die Errichtung sicherer Schulräume, die Ausstattung der Räume mit Tischen und Stühlen, die für die Umsetzung des Curriculums notwendigen Einrichtungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer sowie Schulleiter. Die Initiativen zeigten, dass die Entwicklung des Schulwesens auf der politischen Agenda weit oben stand. Die Projekte wiesen Erfolge auf, auch wenn von 852 ausgewählten Kreisen lediglich 570 die gesetzten Standards erreichten (ebd.).

Die Finanzierung von Bildung ist ein anhaltendes Thema der Bildungsadministration und Bildungsplanung. Insbesondere bei der Erhebung von Gebühren bestehen eigenmächtige Entscheidungen. Schulen erheben Extragebühren für den Bau oder die Ausstattung von Schulgebäuden und wenn Schüler nicht in der betreffenden Stadt gemeldet sind. Davon sind häufig Migrantenkinder betroffen. Sie ziehen wegen der Arbeitsmigration ihrer Eltern vom Lande in die Stadt, verfügen jedoch nicht über die für den Schulbesuch notwendige Aufenthaltserlaubnis. Das im Jahre 2006 reformierte Gesetz zur Schulpflicht wendet sich explizit gegen das Erheben von Schulgebühren für die Dauer der Schulpflicht; auch Extragebühren dürfen nicht erhoben werden (Artikel 12). Zudem sollen arme Schüler beim Kauf von Schulbüchern und beim Internatsbesuch unterstützt werden (Artikel 44). Internatsbesuche nehmen seit Beginn des Jahrtausends zu, nachdem die Politik aufgegeben wurde, dass jedes Dorf eine Schule haben solle und sich mehrere Dörfer eine Zentralschule teilen (Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, 2006).

Finanziell prekäre Situationen entstanden durch das „Gesetz zur Erziehung“ von 1995, das den lokalen Regierungsebenen das Recht gab, Einnahmen aus

Bildung und Erziehung zu generieren, um diese dann wieder zu investieren (Artikel 57,3 und Artikel 59) (Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, 1995). Die finanzielle und personelle Diversifizierung führte auf dem Lande zu finanziellen Engpässen. Lehrer, die nur unregelmäßig ein Gehalt erhielten oder deren Gehalt in Naturalien ausbezahlt wurde, sowie marode Schulgebäude sind nur einige Beispiele für die unzureichende Umsetzung der finanziellen Autonomie.

In den Städten war die finanzielle Situation besser, so dass sich hier die Reformen in anderer Weise Bahn brachen. Ein mangelndes Angebot an Bildungschancen – insbesondere für die Hochschulen – traf auf den hohen Stellenwert, den Bildung in der chinesischen Kultur einnimmt. Der Wettbewerb um den Hochschulzugang schuf eine Nachfrage nach Bildung, auf die die bestehenden Schulen reagierten. Durch die neu geschaffene Möglichkeit, als privater Bildungsinvestor aufzutreten, wurde Bildung zum profitablen Geschäft. Konkret bedeutete dies, dass beispielsweise eine bestehende Schlüsselschule auf Mittelschulniveau eine private Grundschule errichtete und leitete, mit dem Wettbewerbsvorteil, dass Kinder, die diese Grundschule besuchten, leichter Aufnahme in die Mittelschule fänden. Hier wurden die neuen Möglichkeiten – unter marktwirtschaftlichen Aspekten betrachtet – effizient und effektiv umgesetzt.

Diese Form der Gewinnerzielung soll aber in Zukunft nicht mehr möglich sein. In einer 2009 veröffentlichten Novellierung der Gesetze der VR China schuf der „Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses“ die beiden Artikel zur finanziellen Diversifizierung ab. Gleichzeitig verlagerte er die Zuständigkeit für Bildung von den untersten administrativen Ebenen der Dörfer und Gemeinden auf die nächsthöhere Ebene. Damit wurde die 1995 beschlossene Dezentralisierung in Teilen wieder aufgehoben und ein Schritt hin zur Zentralisierung der Verwaltung unternommen (Ständiger Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, 2009).

Die staatlichen Investitionen haben über die letzten Jahrzehnte stetig zugenommen, allerdings nicht proportional zur Erweiterung des Bildungswesens und zur tatsächlichen Kostensteigerung. Das selbst gesetzte Ziel der Investition von 4% des Bruttosozialprodukts für Bildung wurde nicht erreicht. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass für Eliteförderung mehr Geld ausgegeben wird als für die Umsetzung der Pflichtschulzeit (Li, 2004, S. 19f.).

Der gesellschaftliche Wandel – verstärkt durch die wirtschaftlichen Reformen – führte auch zu Reformen im Bildungswesen. Der Arbeitsmarkt änderte sich, der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften sowie Arbeitskräften für den tertiären Bereich stieg. Mit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes stellte man an Bildung andere Ansprüche. Dass man Menschen brauchte, die in höherem Maße als zuvor zu Initiative und Selbstorganisation fähig sind, drückte auch das Erziehungsgesetz von 2006 aus. Es sieht Schüler als Personen an, die respektvoll behandelt werden sollen (Artikel 29); sie sollen eine umfassendere Erziehung erhalten, ihre kreativen Fähigkeiten sowie die Fähigkeit zu „unabhängigem Denken“ (*dulisikao*) entwickeln (Artikel 34) und mit Methoden unterrichtet werden, die stärker schülerzentriert sind (Artikel 36) (Ständiger Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, 2006). Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden neue Curricula eingeführt, mit dem Ziel, Schüler und Studierende auf die gesellschaftlichen Veränderungen vorzubereiten sowie den Herrschaftsanspruch der KPCh abzusichern. Dabei rückten das Individuum sowie subjektive Aspekte der Bildung deutlich ins Zentrum des Interesses.

In diesem Prozess öffnete sich die VR auch internationalen Standards und Vorstellungen von Erziehung und Bildung. Gleichzeitig fand aber auch eine Rückkehr zu traditionellen Bildungsinhalten wie dem Konfuzianismus statt. Heute spiegelt der Stand der Curriculumentwicklung eine Gemengelage verschiedener Ansprüche und Ziele wider, die zum Teil eine Anpassung an globale Normen und Standards zeigen, zum Teil eine Rückbesinnung auf Eigenes sind, mithin zwischen Wandel, Kontinuität und Neuinterpretation schwanken – nicht ohne frei von Widersprüchen zu sein.

Seit dem Ende der Kulturrevolution profitieren die Curriculumentwicklung und der gesamte Bildungssektor von einer Akademisierung und Professionalisierung, einer Reformfreudigkeit und Deregulierung sowie dem Einführen internationaler Standards. Eingeschränkt wurde die Reformfreudigkeit allerdings durch die regionale Heterogenität, da insbesondere der Osten des Landes und größere Städte von den Reformen profitierten. Eine zunehmende Internationalisierung zeigt sich in Kooperationsprojekten. Deutschland ist z.B. ein gefragter Partner für Wissenstransfer in der Berufsbildung. Mit deutscher Hilfe wurde ein multimediales Informationssystem zur Berufsbildung in beiden Ländern erstellt sowie erkundet, inwieweit Bildungsmaterialien und -konzepte transferiert werden könnten (Zimmermann, 2003, S. 198). Seit Mitte der 1990er Jahre sucht die VR China auch verstärkt den Anschluss an internationale Bildungsstandards. Zur Verbesserung von Forschung und Lehre an den Universitäten wurden die Bestrebungen intensiviert, chinesische Akademiker aus dem Ausland anzuwerben um dem „brain-drain“ entgegenzuwirken. Aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage in den USA, der verbesserten Lebensbedingungen in der VR China und der Freiheit, sich seinen Arbeitsplatz selbst wählen zu können, war die Regierung durchaus erfolgreich in diesen Bestrebungen (vgl. hierzu Zweig, 2002).

Der 1998 veröffentlichte „Aktionsplan zur Belebung der Bildung für das 21. Jahrhundert“ setzte den Fokus neben der Breitenbildung auf die Förderung und Internationalisierung des Hochschulwesens. Studierende, Dozenten und Professoren sollen zu kurzzeitigen Studien- und Forschungsaufenthalten an ausländische Spitzenuniversitäten reisen. Außerdem sollen ausländische Dozenten und Professoren angeworben werden, die für kurze Dauer in der VR China unterrichten (Artikel 16) (Erziehungsministerium, 1998). Auch die Teilnahme an dem unter der Leitung der UNESCO stehenden weltweiten Bildungsprogramm „Education for All“ (EFA) ist Teil der Internationalisierung. Hervorgehoben wurde z.B. im Global Monitoring Report zu diesem Programm der Rückgang des Analphabetentums bei den über 15-Jährigen um 62% seit 1985. Zwischen 1990 und 2000 stieg die Zahl der Alphabetisierten um 4 Mio. (UNESCO, 2010, S. 97).

Die Entwicklung der Bildungsplanung lässt sich abschließend unter den Schlagworten einer erneuten Zentralisierung, einer fortgesetzten Internationalisierung, einer Aufwertung von Breitenbildung bei einer gleichzeitigen Intensivierung der Elitenbildung, verbunden mit weiterbestehenden finanziellen Problemen, zusammenfassen.

6. Das heutige Schul- und Hochschulwesen in der VR China

Im Folgenden wird der Aufbau des chinesischen Bildungswesens anhand der verschiedenen Bildungsstufen erläutert. Die zugehörige Tabelle (Tab. 1) vermittelt einen Eindruck von der Bildungsbeteiligung auf den verschiedenen Stufen des Bildungssystems (Stand: 2007).

Tab. 1: Bildungssystem und Bildungsbeteiligung (VR China 2007)

	<i>Alter (Jahre)</i>	<i>Dauer (Jahre)</i>	<i>Typ und Bildungsbeteiligung</i>	<i>Gesamt</i>
Universität/ Doktor				222.508
Universität/ Master				972.539
Universität/ Bachelor	18-23	4		18.849.000
Mittelschule/ Oberstufe	15-19	3	25.224.000 (allgemeinbildend)	31.910.500
			6.686.500 (berufsbildend)	
Mittelschule/ Unterstufe	13-16	3 oder 4	57.209.000 (allgemeinbildend)	57.362.000
			153.000 (berufsbildend)	
Grundschule	6 o. 7-14	5 oder 6		105.640.000
Kindergarten	3	3		23.488.300

Daten aus: Zhong guo jiaoyu tongji nianjian, (Statistisches Jahrbuch zur Erziehung in der VR China), 2008, S. 10ff.

Die Vorschulerziehung

1996 erließ die „Staatliche Erziehungskommission“ ein nationales Regelwerk für Kindergärten, um die Standards in den Kindergärten zu vereinheitlichen und zu verbessern. Der Besuch des Kindergartens beginnt in einem Alter von drei bis fünf Jahren und dauert bis zum Alter von sechs oder sieben Jahren. Kindergärten können zwischen einem und drei Jahren ganztags, halbtags oder auch nur stundenweise besucht werden. Die Größe einer Kindergruppe soll 40 nicht überschreiten. Die Kinder sollen eine moralische und emotionale Erziehung erhalten. Hinzu kommt der Anspruch an die Sozialisation in die sozialistische Gesellschaft: Bereits im Kindergarten sollen den Kindern die „Fünf Lieben“ (Liebe zum Vaterland, zur Partei, zur Arbeit, zu öffentlichem Eigentum und zum Lernen) vermittelt werden (Staatliche Erziehungskommission, 1996). Seither fand bezüglich der Ausbildung der Erzieher und Leiter von Kindergärten eine Professionalisierung statt (Erziehungsministerium, 2001). Kindergärten gibt es nicht im gesamten Land. Über die Jahre hat die Zahl der Kinder, die einen Kindergartenplatz haben, zugenommen. Dennoch ist einen Kindergarten zu besuchen in hohem Maße ein städtisches Phänomen und der Besuch ist gebührenpflichtig.

Die Grundschule

Die Grundschulzeit dauert sechs Jahre, aber in manchen ländlichen Gegenden nur fünf Jahre. Das Einschulungsalter beträgt sechs Jahre, in ländlichen Gegenden im Allgemeinen sieben Jahre. Grundschulen sind in den Städten und wirtschaftlich entwickelten Gebieten Ganztagschulen. Die Anzahl der Schulstunden beträgt 26 bis 30 pro Woche, eine Unterrichtseinheit dauert 50 Minuten. Das Schuljahr ist in zwei Halbjahre aufgeteilt. Zu den Fächern gehören: Chinesisch, Mathematik, Sport, Moralerziehung im Sinne von Moral und Leben (Klasse 1 und 2), bzw. Moral und Gesellschaft (Klasse 3 bis 6), Naturwissenschaften, Musik und

Kunst; ab der 3. Klasse wird Englisch erteilt. Daneben gibt es eine Stunde für Klassenversammlungen. In manchen ländlichen Gebieten wird nur Chinesisch und Mathematik angeboten. Bereits in der ersten Klasse tritt die Klasse geschlossen der kommunistischen Kinderorganisation der „Jungen Pioniere“ bei, sodass auch die Sozialisation in der Freizeit geregelt ist.

In einem Dokument zur Curriculumreform von 2001 sind folgende Erziehungsziele für alle Schultypen formuliert: „Patriotismus, Kollektivismus, innige Liebe zum Sozialismus, die außerordentliche Tradition und die revolutionäre Tradition annehmen und weiterführen“. Neben den Werten des Sozialismus gibt es eine Erweiterung hinsichtlich handlungsorientierter Erziehungsziele. Es finden sich Schlagworte wie lebenslanges Lernen, autonomes Lernen sowie Selbstständigkeit. Im Lernprozess soll dem Entwicklungspotenzial des Schülers Rechnung getragen werden, und zumindest programmatisch wird eine Entwicklung vom rein lehrerzentrierten Unterricht zum schülerzentrierten angestrebt. Schüler sollen sowohl Kenntnisse als auch Fähigkeiten entwickeln, um möglichst aktiv am Lernprozess teilzunehmen. Die Schüler sollen ihre Unabhängigkeit (*dulixing*) und Autonomie (*zhudongxing*) entwickeln können (Erziehungsministerium, 2001). Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sind auch konfuzianische Lehrinhalte wieder Teil des schulischen Bildungskanons. Die schulische Bildung soll einem der wichtigsten politischen Ziele, der Fortsetzung der Modernisierung, dienen sowie staatsstreue Bürger erziehen.

Die Sekundarstufe

Die Sekundarstufe ist im Allgemeinen aufgeteilt in drei Jahre Unterstufe und drei Jahre Oberstufe Mittelschule. An Mittelschulen gibt es allgemeinbildende und berufsbildende oder technische Schultypen. In den allgemeinbildenden Schulen gehören zu den unterrichteten Fächern: Chinesisch, Mathematik, eine Fremdsprache (meist Englisch), Physik, Chemie, Biologie, Technik/Informationstechnologie, Sport, Kunst, Musik, Ideologie und Moral, Wirtschaftskunde, Geschichte und Erdkunde. Eine Unterrichtseinheit beträgt 45 Minuten, und pro Woche sind 35 Unterrichtseinheiten zu absolvieren. In den allgemeinbildenden Mittelschulen wird von den Schülern erwartet, dass sie mindestens eine Stunde vor Unterrichtsbeginn in der Schule sind und ein bis zwei Stunden nach Unterrichtsende in der Schule bleiben für ihr „Selbststudium“. Für den Übergang von der Unterstufe der Mittelschule in die Oberstufe gibt es provinzweit einheitlich geregelte Abschluss- und Aufnahmeprüfungen. Es gibt mehr Interessenten für die Oberstufe als angebotene Plätze, und die Wahl der Mittelschule kann entscheidend sein für die Aufnahmeprüfung an der Universität. So lastet schon im letzten Jahr der Unterstufe der Mittelschule ein erheblicher Druck auf den Schülern, die auf eine Universität gehen möchten. Es ist üblich, samstags und sonntags zusätzlichen Unterricht zu besuchen, um in den Prüfungen möglichst gut abzuschneiden. Der Unterricht in der Oberstufe der Mittelschule beträgt 35 Unterrichtsstunden pro Woche, hinzu kommen die Zeit für das Selbststudium und extra Lektionen an den Wochenenden. Zu den unterrichteten Fächern gehören: Chinesisch, Mathematik, eine Fremdsprache (meist Englisch), Physik, Chemie, Biologie, Technik, Sport, Kunst, Musik, Politik, Geschichte und Erdkunde.

Ab der 11. Klasse haben die Schüler der allgemeinbildenden Mittelschule die Möglichkeit zwischen einem naturwissenschaftlichen oder einem geisteswissenschaftlichen Typus zu wählen. Die Unterschiede im Curriculum der beiden Typen bestehen darin, dass in dem geisteswissenschaftlichen Typus bis zu acht Unter-

richtseinheiten Politik und Ideologie sowie Geschichte unterrichtet werden, in dem naturwissenschaftlichen Zweig lediglich zwei, dafür acht in Physik und Chemie; von diesen Fächern absolviert man im geisteswissenschaftlichen Zweig nur zwei Unterrichtseinheiten.

Die Eingangsprüfung für die Universitäten wird von den Provinzen erstellt und einmal oder zweimal im Jahr (im Juni und mancherorts zudem im Januar) durchgeführt. Die zukünftigen Universitätsstudenten müssen zunächst die Abschlussprüfung nach 12 Jahren Mittelschule bestehen. Die geprüften Fächer beinhalten: Chinesisch, Mathematik, eine Fremdsprache, Physik, Chemie, Politik, Geschichte, Geographie und Biologie. Die Notenskala folgt einem Punktesystem von 1 bis 100; bestanden ist ab einer Punktezahl von 60. Die Prüfungsfächer für die Aufnahmeprüfung an die Universitäten sind die Kernfächer Chinesisch, Mathematik und Englisch. Dazu wählen die Schüler des naturwissenschaftlichen Zuges zwei Fächer aus den Fächern Physik, Biologie oder Chemie, die des geisteswissenschaftlichen Zuges zwei aus den Fächern Ideologie und Politik, Geschichte oder Erdkunde.

Neben den allgemeinbildenden Mittelschulen, die auf die Universitäten vorbereiten, gibt es berufsbildende sowie technische Mittelschulen, die die Schüler für zukünftige Berufe qualifizieren. Diese Schulen, die es sowohl für die Unterstufe der Mittelschule als auch für die Oberstufe gibt, lassen sich für die Oberstufe in folgende Typen aufteilen: Spezielle Fachmittelschulen (Vorbereitung auf spezielle technische Berufe), Technische Facharbeiterschulen (Vorbereitung auf gewerblich-technische Berufe) und Berufsmittelschulen (Vorbereitung auf kaufmännische Berufe und solche des Dienstleistungssektors). Die speziellen Fachmittelschulen werden von für die Erziehung, Technik oder Arbeit verantwortlichen Büros auf lokaler, Kreis- oder Provinzebene geleitet. Die Schüler müssen neun Jahre Pflichtschulzeit absolviert haben und eine Aufnahmeprüfung bestehen. Die Fachbereiche, die von den speziellen Fachmittelschulen abgedeckt werden, umfassen: Landwirtschaft, Kunst, Wirtschaft, Ingenieurwesen, Forstwirtschaft, Medizin, Politik, Jura und Erziehungswesen. Die Berufsmittelschulen leiten unter anderem die Ausbildung buddhistischer Mönche und Nonnen oder auch die von Flugbegleitern. Die Dauer der Ausbildung beträgt zwei bis vier Jahre.

Die technischen Fachmittelschulen werden meist von Fabriken oder großen Unternehmen direkt geleitet. Sie bilden die benötigten Fachkräfte für die Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Ölindustrie, die Landwirtschaft und für die botanische Industrie aus. Außerdem bieten sie Ausbildungsmöglichkeiten für Angestellte oder Arbeiter auf der mittleren Ebene in den Bereichen Jura, Finanzen, Gesundheitswesen, Kunst und Sport. Die Dauer der Ausbildung beträgt drei Jahre. Anders als bei den speziellen Schulen wird das Curriculum der technischen Schulen nicht von Ministerien festgelegt, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Unternehmen. Die Auswahl der zukünftigen Schüler findet auf der Basis von Eignungstests und der gewünschten Fachrichtung statt (Ming, 2004; Gigl, 2000, S. 28).

Für die Sekundarstufe wird ein zahlenmäßiger Ausgleich an Schülern zwischen den allgemeinbildenden und berufsbildenden Mittelschulen angestrebt. Ein Kritikpunkt an der beruflichen Bildung ist ihre Praxisferne und Theorie-lastigkeit (Gigl, 2000, Vorwort).

Das Hochschulwesen

Für die Zulassung zu einer Hochschule sind je nach Ort verschiedene Quoten festgelegt. In Städten wie Beijing oder Schanghai müssen Bewerber aus dieser Region weniger Punkte erreichen als Bewerber aus anderen Regionen. Diese Form der Zulassung bevorzugt Mittelschulabsolventen aus der eigenen Region, was zu einer Perpetuierung des bestehenden Bildungsgefälles zwischen Ost- und Westchina führt (Henze, 2006, S. 87ff.).

Bereits vor der Zugangsprüfung zu einer Hochschule müssen die Schüler festlegen, welches Fach sie wo studieren wollen. Erreichen sie die dafür von der gewählten Universität festgelegten Punkte nicht, so bekommen sie diesen Studienplatz nicht. Die Hochschulzugangsprüfung ist nach wie vor das wichtigste Entscheidungskriterium, nicht aber das einzige. Den Universitäten ist es heute überlassen eine Anzahl von Studierenden selber auszuwählen, deren Leistungen einen Zugang zu einer Universität nicht ermöglichten, die aber ihr Studium selber finanzieren. Das Hochschulstudium ist gebührenpflichtig. Es gibt aber auch die Möglichkeit eines Erlasses von Studiengebühren, von Stipendien oder Darlehen.

Die Universitäten sollen international wettbewerbsfähiger werden. Im Zuge dieses Vorhabens lancierte die Regierung verschiedene Projekte. Zwei Initiativen hatten das Ziel, die Hochschulen finanziell besser auszustatten: 1. das „Projekt 985“, das Jiang Zemin 1995 anlässlich der Hundertjahrfeier der Peking Universität verkündete, 2. das „Projekt 211“, das das Erziehungsministerium 1996 bekanntgab. In das „Projekt 211“, das 106 Universitäten betraf, wurden von 1996 bis 2000 rund 2,2 Mrd. US Dollar investiert. An dem „Projekt 985“ nahmen zunächst neun Universitäten teil, die von 1999 bis 2001 217,65 Mio. US Dollar erhielten. Später wurde die Anzahl der teilnehmenden Universitäten auf 39 erhöht (Li, 2004, S. 17).

Auf der Makroebene fanden Reformen statt mit dem Ziel, mehr Universitäten zu schaffen, die einen umfassenden Fächerkanon anbieten. Damit wollte man die Relikte aus der Zeit, als die Sowjetunion das Vorbild war, hinter sich lassen. Seit Mitte der 1990er Jahre besteht eine Restrukturierung des Hochschulwesens. Die Aufsicht über die Hochschulen liegt nun entweder beim Regierungsministerium direkt oder bei den Erziehungsbehörden der Provinzen. Aktuell unterliegen 72 Universitäten direkt der Leitung des Erziehungsministeriums, deutlich weniger als die ehemals rund 100 Schlüsseluniversitäten (Li, 2004, S. 16).

Neben der Eliteförderung auf Hochschulebene ist auch die Tendenz zu verzeichnen, Bildungschancen zu erhöhen. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Anzahl der Hochschulzugänge stark erhöht. Im Jahre 2005/2006 sollten von allen 18-22 Jährigen 15% eine Hochschule besuchen, um dem international akzeptierten Standard für einen Massenzugang zur Hochschule zu entsprechen. Die chinesischen Statistiken weisen für 2005/2006 mehr als die geplante Zahl, nämlich 19% aus. Da die chinesische Statistik allerdings neben den regulären Hochschulstudierenden zudem Erwachsene erfasst, die sich im Selbststudium auf die entsprechenden Examen vorbereiten, sowie Erwachsene, die andere Bildungsangebote auf Hochschulebene wahrnehmen, sind diese Zahlen im internationalen Vergleich nur bedingt aussagekräftig (Henze, 2006, S. 86). Wichtig in der Hochschulbildung bleibt die ideologische Erziehung. Entsprechende Kurse sind Pflicht für alle Studierenden; in ihnen sollen sie sich mit dem Marxismus-Leninismus, den Gedanken Mao Zedongs oder der Theorie Deng Xiaopings auseinandersetzen.

7. Der private Bildungssektor

Bildungspolitisch favorisierte die Regierung der VR China seit der Einführung der Reform- und Öffnungspolitik die Entwicklung des privaten Bildungssektors, um ohne staatliche Investitionen Bildungschancen zu erhöhen. Bereits in der Verfassung von 1982 wurde private Bildung wieder erlaubt (Nationaler Volkskongress, 1983). Damals fehlten klare gesetzliche Vorgaben für die Entwicklung des privaten Bildungssektors. Der Prozess der allmählichen Verrechtlichung ist seither fortgeschritten. Doch Handlungsbedarf besteht weiterhin, wie bei der Unterscheidung zwischen profitorientierter und nicht-profitorientierter privater Bildung. Das Erziehungsgesetz von 1995 sah private Bildungsangebote als nicht profitorientiert an; die Regularien, die die Regierung 1997 erließ, wiederholten diesen Anspruch. Dennoch existierten private Einrichtungen, die sich bei den örtlichen Industrie- und Handelsbüros registrierten, dadurch steuerpflichtig waren und das Recht hatten, Gewinne zu verbuchen. Auch andere Bildungsträger sahen ihre Einrichtungen als lukrative Unternehmen an. Das Gesetz von 2002 sucht einen Ausgleich und erlaubt in Artikel 51 auch denjenigen Organisationen, die als nicht profitorientiert angesehen werden, dass sie eine angemessene Rendite haben dürfen (Yan und Levy, S. 2003). Zahlenmäßig ist der private Sektor angestiegen, spielt aber im Vergleich zum staatlichen Sektor weiterhin eine untergeordnete Rolle.

Tab. 2: Private und staatliche Einrichtungen (2007)

<i>Schulart</i>	<i>Private Einrichtungen</i>	<i>Staatliche Einrichtungen</i>	<i>%-Anteil privater Einrichtungen an der Gesamtzahl aller Einrichtungen</i>
Hochschulen	297	1.908	13,46%
Mittelschulen Oberstufe	6.059	92.267 (gesamt), davon: 15.681 (allgemeinbildend) 14.832 (berufsbildend)	6,16%
Mittelschulen Unterstufe	4.488	61.012 (gesamt), davon: 59.109 (allgemeinbildend) 275 (berufsbildend)	6,85%
Grundschulen	5.798	320.061	1,77%
Kindergärten	77.616	129.086	37,54%

Daten aus: Zhongguo jiaoyu tongji nianjian, (Statistisches Jahrbuch zur Erziehung in der VR China), 2007, S. 4ff.

Private Einrichtungen gibt es auf allen Ebenen des Bildungssystems, ihre Verteilung entspricht der unterschiedlichen Nachfrage (vgl. Tab. 2). Die Bildungsqualität privater Hochschuleinrichtungen bleibt oft hinter dem Niveau staatlicher zurück. Sie können häufig keine Abschlüsse verleihen. Bei ihren Angeboten handelt es sich um sogenannte „sub-degree programs“ (ebd.).

8. Erwachsenenbildung

Mit der Orientierung am sowjetischen Erziehungssystem kam nach 1949 ein institutionalisiertes Erwachsenenbildungssystem nach China (Chen, 1999, 121). Dieses ist breit angelegt. Es existiert eine dem allgemeinen schulischen Bildungssystem parallel angelegte Struktur (Grundschule, Mittelschule und Hochschule für Erwachsene). Ferner gibt es die berufliche Bildung als einen Zweig der Erwachsenenbildung. Alle Schulen können in Teilzeit oder Vollzeit besucht werden. Besonders bedeutsam waren nach der Gründung der VR China Alphabetisierungsprogramme.

Mitte der 1950er Jahre richtete man Radio- und Fernsehschulen ein, die Weiterbildungsprogramme anboten. Im Zuge der Ausdehnung der Informationstechnologie sind seit Beginn des neuen Jahrtausends zunehmend Online-Angebote verbreitet, die zur Weiterbildung genutzt werden. Der bekannteste Anbieter ist CORE („China Open Resources for Education“), der über ein umfassendes akademisches Angebot verfügt.

Hat man die Aufnahmeprüfung an die Universität nicht bestanden, kann man ein „Selbststudium-Examen“ absolvieren. Man meldet sich in einem Büro für ein Studienfach an und erwirbt dann im Selbststudium die für die Prüfungen notwendigen Kenntnisse. Mitunter besucht man zusätzlich einige Kurse an einer Universität oder einer privaten Institution. Besteht man die Prüfungen, erlangt man einen Bachelor-Abschluss oder einen akademischen Abschluss darunter. Der Teilnehmende hat maximal acht Jahre Zeit, um alle Prüfungen für ein Fach abzulegen. Die Prüfungen finden zwei Mal jährlich statt. Anmeldung, etwaige Kurse und die Prüfungen sind kostenpflichtig, aber erschwinglich.

Da der Arbeitsmarkt 1981 bei Einführung des „Selbststudium-Examens“ noch nicht liberalisiert war, bestand zunächst eine geringe Nachfrage. Doch in den 1990er Jahren wurde dieses Selbststudium zum größten Sektor in der Erwachsenenbildung. Nicht mehr der Staat wies die Arbeitsstellen zu, man konnte selbstbestimmt wählen, wo man arbeiten wollte. Durch Weiterbildung erschloss man sich nun neue und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig boten höhere Einkommen die Gelegenheit, Geld in Weiterbildung zu investieren (Chen, 1999, S. 226). 2007 schlossen 373 980 Teilnehmer das „Selbststudium-Examen“ mit einem Bachelor ab; 208 116 beendeten ihre Kurzzeit-Kurse (Statistisches Jahrbuch zur Erziehung in der VR China, 2008, S. 18). Da keine formalen Voraussetzungen für die Teilnahme an dem „Selbststudium-Examen“ bestehen, bietet es all jenen, die entweder keinen Zugang zum formalen Bildungssystem hatten oder dort scheiterten, eine Chance auf Hochschulbildung.

9. Ausblick

Bildung war in China ein Gut, das mit sozialem Aufstieg verbunden war und daher hoch geschätzt wurde. Wenngleich der Einfluss des Westens insbesondere für die Frauenbildung und das Hochschulwesen bedeutsam war, besteht in China eine lange Bildungstradition, wie eingangs mit Blick auf die Schulgeschichte Chinas dargelegt.

Das Bildungssystem der VR China war und ist von den Entscheidungen abhängig, die auf parteipolitischer Ebene getroffen werden. Lange Zeit bedeuteten die dort geführten Machtkämpfe eine Auseinandersetzung zwischen Kräften, die der als korrekt empfundenen politischen Gesinnung den Vorrang einräumten, und solchen, denen akademische Leistung wichtiger war. Die gesamte Bildungsentwicklung der VR China schwankte zwischen diesen beiden Ansätzen bis zum

Ende der Kulturrevolution. Erst Deng Xiaoping brach, nachdem ihm 1978 die Etablierung seiner Machtposition gelungen war, mit der einseitigen Ausrichtung an der korrekten politischen Gesinnung für den Zugang zu höherer Bildung. Die Auseinandersetzung zwischen der Bedeutung von Breitenbildung und Eliteförderung ist zumindest kein Politikum mehr.

Ähnlich wie in der Wirtschaftsverwaltung fand in der Bildungsverwaltung eine Deregulierung statt; Kompetenzen wurden an untere Ebenen abgegeben, und diese sollten Bildung in finanzieller und personeller Hinsicht autonom umsetzen. Was für die wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft war, funktionierte im Bereich der Bildung nicht zufriedenstellend. Die Entwicklung von Bildung war den Verantwortlichen entweder nicht wichtig genug oder sie waren mit deren Finanzierung überfordert.

Bei allen positiven Bestrebungen, die sich in der Bildungsplanung ablesen lassen, bleiben – will man den heterogenen Bedingungen im Lande gerecht werden – zwei Herausforderungen für die erfolgreiche Implementierung von Bildung: die angemessene Finanzierung sowie die zureichende institutionelle Durchdringung des Bildungssektors.

Literatur

- Bailey, Paul J., 2007, *Gender and Education in China: Gender Discourses and Women's Schooling in the Early Twentieth Century*, New York: Routledge.
- Bastid, Marianne, 1988, *Educational Reform in Early-20th-Century China*, Ann Arbor: University of Michigan.
- Bonnin, Michel, 2004, *Génération Perdue: Le mouvement d'envoi des jeunes instruits à la campagne en Chine, 1968-1980*, Paris: Éditions de l'École des Hautes Études en Sciences Sociales.
- Chen, Kai-Ming e.a., 1999, *From Training to Education: Lifelong Learning in China*, in: *Comparative Education*, Band 35, Nr. 2, 119-129.
- Emrich, Ulrike (Red. Leitung), 2010, *Meyers Atlas China. Auf dem Weg zur Weltmacht*, Mannheim.
- Fairbank, John K., 1989, *Geschichte des modernen China 1800-1985*. Frankfurt/ Main.
- Fischer-Weltalmanach 2010: Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt/Main 2009.
- Franke, Herbert und Trauzettel, Rolf, 1968, *Das chinesische Kaiserreich* (Fischer Weltgeschichte Bd. 19), Frankfurt/ Main
- Franke, Wolfgang und Staiger, Brunhild, 1974, *China-Handbuch*, Düsseldorf.
- Gigl, Franz u.a., 2000, *Das Bildungssystem in der VR China: Beispiel Shanghai*, ChinaInfo, Nr. 53, Januar.
- Heilmann, Sebastian, 2004, *Das politische System der VR China*, Wiesbaden.
- Henze, Jürgen, 2006, *Chinas Hochschulwesen im Zeichen der „Zweiten Moderne“: Unordnung als Voraussetzung neuer Ordnung?*, in: *Bildung und Erziehung*, 59, 83-96.
- Jami, Catherin, *Learning Mathematical Sciences*, in: Elman, Benjamin A. und Woodside, Alexander, Hg., 1994, *Education and Society in Late Imperial China, 1600-1900*. Berkeley: University of California Press, 223-257.
- Joseph, William A., Hg., 1991, *New Perspectives on the Cultural Revolution*, Cambridge/Mass.: Harvard University Press.
- Kim, Chun-Shik, 2004, *Deutscher Kulturimperialismus in China. Deutsches Kolonialschulwesen in Kiautschou (China) 1998-1914*, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Lee, Thomas H. C., 2000, *Education in Traditional China: A History*, Leiden: Brill.
- Li, Lixu, 2004, *China's Higher Education Reform 1998-2003: a Summary*, in: *Asia Pacific Education Review*, Bd. 5, Nr. 1, 14-22.
- Lin, Jing, 1993, *Education in Post-Mao China*, Westport, Connecticut and London: Praeger.
- Liu, H.F., 1996, *Keju: kaoshi de jiaoyu shijiao*, (Zivile Examen: Erziehungswissenschaftliche Betrachtung der Examen), Wuhan: Hubei Verlag für Erziehung.
- Miyazaki, Ichisada, 1976, *China's Examination Hell: The Civil Service Examinations of Imperial China*, New York: Weatherhill.

- Mühlhan, Klaus, 1999, Der Alltag an der Hochschule in Qingdao: Deutsche, Chinesen und die universitäre Bildung, in: Hiery, Hermann J. und Hinz, Hans-Martin, Hg., Alltagsleben und Kulturaustausch. Deutsche und Chinesen in Tsingtau 1897-1914, Beron.
- Pepper, Suzanne, 1996, Radicalism and Education Reform in 20th-Century China: The Search for an Ideal Development Model, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rawski, Evelyn Sakakida, 1979, Education and Popular Literacy in Ch'ing China, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Schmidt-Glitzner, Helwig, 1995, Das alte China, München.
- Zimmermann, Hildegard, 2003, Berufsbildung in China. Besonderheiten und aktuelle Entwicklungen, 198-213, in: Franke, Renata Fu-Sheng und Mitter, Wolfgang, Hg., Das Bildungswesen in China. Reform und Transformation, Köln, Weimar und Wien: Böhlau Verlag.
- Zhang, Tiedao und Zhao, Minxia, 2006, Universalizing Nine Year Compulsory Education for Poverty Reduction in Rural China, in: Review of Education, Nr. 52, 261-286.
- Zhonghua renmin gong he guo jiaoyubufa zhanguo huasi, (Abteilung für Entwicklung und Planung des Erziehungsministeriums der VR China), 2008, Zhongguo jiaoyu tongji nianjian 2007, (Statistisches Jahrbuch zur Erziehung in der VR China 2007), Beijing.
- Zweig, David, 2002, Internationalizing China: Domestic Interests and Global Linkages, Ithaca: Cornell University Press

Internetquellen

- Guojia jiaoyu weiyuanhui (Staatliche Erziehungskommission), 1996, Youeryuan gongzuo guicheng, (Bestimmungen zur Arbeit in Kindergärten) <http://www.moe.edu.cn/edoas/website18/level3.jsp?tablename=1156&infoid=687>, (22.02.10).
- Jiaoyubu (Erziehungsministerium), 1998, Mianlin ershi shiji jiaoyu chenxing xingdong jihua, (Aktionsplan zur Belebung der Bildung für das 21. Jahrhundert), <http://www.ncet.gov.cn/zcwj/ShowArticle.asp?ArticleID=106> (21.11.09).
- Jiaoyubu (Erziehungsministerium), 2001, Jichujiaoyu kecheng gaige de gangyao, (Programm zur Curriculumreform für Elementarbildung), <http://www.edu.cn/20010926/3002911.shtml> (27.10.09).
- Jiaoyubu (Erziehungsministerium), 2001, Youeryuan jiaoyu zhidao gangyao (Kurze Anleitung für die Kindergartenerziehung) <http://www.moe.edu.cn/edoas/website18/level3.jsp?tablename=821&infoid=7259> (22.05.10).
- Ming, Hu, 2004, Berufsbildung in China und Deutschland – ein internationaler Vergleich. http://www.chinaweb.de/china_wirtschaft/berufsausbildung_china/ausbildung_studium_schule_china.htm#1.2%C2%AO%C3%9Cberblick%20%C3%BCber%20die%20Historie%20undStruktur%20des%20chinesischen%20Berufsbildungssystem (08.09.09).
- Quanguo renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui, (Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses), 2009, Quanguo renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui guanyu xiugai bufen falü de jue ding, (Beschlüsse zur Gesetzesnovellierung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses), http://www.gov.cn/flfg/2009-08/27/content_1403326.htm (25.11.2009).
- Zhongguo renmin zhengzhi xieshang huiyi gongtong gangling, (Das gemeinsame Programm der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes), 1949, <http://baike.baidu.com/view/319203.htm> (12.01.10).
- Quanguo renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui, (Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses), 1995, Zhonghua renmin gong he guo jiaoyufa, (Erziehungsgesetz der VR China), http://www.china.com.cn/policy/txt/2009-08/27/content_18416528.htm (21.01.10).
- Quanguo renmin daibiao dahui, (Nationaler Volkskongress), 1986, Zhonghua renmin gong he guo yiwujiaoyufa, (Erziehungsgesetz zur Pflichtschulzeit der VR China), <http://www.lawinfochina.com/law/display.asp?db=1&id=1166&keyword=education> (27.10.09).
- Quanguo renmin daibiao dahui changwu weiyuanhui, (Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses), 2006, Zhonghua renmin gong he guo yiwujiaoyufa, (Erziehungsgesetz zur Pflichtschulzeit der VR China), http://www.gov.cn/ziliao/flfg/2006-06/30/content_323302.htm, (22.11.2009).
- Quanguo renmin daibiao dahui, (Nationaler Volkskongress), 1983, Zhonghua renmin gong he guo xuanfa, (Verfassung der VR China), <http://www.chinalawedu.com/news/1300/12/21721/2006/4/li2091496192460021044-0.htm> (28.09.09).
- Unesco Education for all, 2010, Global Monitoring Report, <http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001866/186606e.pdf> (02.03.2012).

Glöckner – Das Bildungswesen in China

US Department of the Army, 1994, Army Area Handbook, China, Chapter 4: Education and Culture, <http://www.chaos.umd.edu/history/part3> (27.12.07).

Yan, Fengqiao und Levy, Daniel C., 2003, China's New Private Education Law, in: International Higher Education, http://www.bc.edu/bc_org/avp/soe/cihe/newsletter/News31/text005.htm (23.12.09).